

und Sicherheit maßgeblich von der Unterstützung und dem Zusammenwirken mit den Gemeindevertretungen und ihrer Räte sowie durch die Gemeindeverbandsräte und ihrer Organe ab.

Es ist unabdingbares Erfordernis, wie es z. B. im Gemeindeverband Kayna wirkungsvoll praktiziert wird, daß die LPG und KAP in allen wesentlichen Fragen der Ordnung und Disziplin sowie Sicherheit mit den Gemeindevertretungen und ihren Räten eng zusammenarbeiten und umgekehrt. Wir halten es für erforderlich, daß Gemeinde und Landwirtschaftsbetrieb gemeinsam mit abgegrenzten und aufeinander abgestimmten Aufgaben und Zielen den Kampf um eine hohe Ordnung und Sicherheit führen.

Im Gemeindeverband Droyßig hat sich als sehr gut die Anerkennung vorbildlicher Initiativen von Hausgemeinschaften und Grundstücksbesitzern im Rahmen des Machtwort-Wettbewerbs mit einer eigens dazu entwickelten Plakette erwiesen. Sie künden bereits an vielen Häusern vom Bürgerfleiß der Bewohner.

Die hervorragenden Initiativen der Jugendlichen auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Fortschritts sind noch stärker planmäßig mit Anforderungen zur Anerkennung eines hohen Rechtsbewußtseins zu verbinden und zur Aneignung von Kenntnissen zu den Grundfragen des sozialistischen Rechts zu nutzen.

Wir erwarten in diesem Zusammenhang von allen Volksvertretungen und Leitungen der Betriebe und Genossenschaften, gemeinsam mit der Jugend und ihrer sozialistischen Jugendorganisation die jeweilige Lage genau zu analysieren und in den Jugendförderungsplänen allseitige Maßnahmen, so auch für gute materielle Voraussetzungen festzulegen. Wir messen der Tätigkeit von Arbeitsgemeinschaften „Sozialistisches Recht“ — wie sie sich erfolgreich an der Lenin-Oberschule entwickelt — große Bedeutung zu. Von den Volksbildungsorganen erwarten wir die schrittweise Entwicklung in dieser Richtung in allen POS und Berufsschulen des Kreises.

Wir wenden uns an alle Leiter der Betriebe unseres Kreises, der Entwicklung und Förderung von Jugendbrigaden und Jugendobjekten noch größere Aufmerksamkeit zuzuwenden und in Vorbereitung eines Treffens der besten Jugendbrigadiere der DDR im April 1978 in unserer Kreisstadt, das anlässlich des 30. Jahrestages des 1. Jungaktivistenkongresses von 1948, der ja bekanntlich ebenfalls in Zeit stattfand, neue Jugendbrigaden zu bilden und sie zu Schrittmacherleistungen zu befähigen.

Das ist eine vordringliche Aufgabe aller Leiter, weil sich gerade in den Jugendbrigaden der Kollektivgeist am besten als Quelle sozialistischen Denkens und Handelns erwiesen hat, und hier entwickeln sich vorrangig kommunistische Denk- und Verhaltensweisen unserer jungen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Auch kommt es darauf an, überall dafür zu sorgen, daß unsere Jugend sinn- und niveauvoll ihre Freizeit gestalten kann.

Der Kampf um die Bereiche der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit entwickelte sich im Kreis Zeitz unter Führung der Kreisparteiorganisation und unter Leitung des Kreistages und des Rates des Kreises in enger Zusammenarbeit mit dem Kreisvorstand des FDGB, dem Kreisarschub der Nationalen Front der DDR, der Kreisleitung der FDJ sowie den Justiz- und Sicherheitsorganen rasch zu einer Massenbewegung. Innerhalb der sozialistischen Wettbewerbe konnten bisher 143 Bereiche ausgezeichnet werden. Das führte zu einer massenhaften aktiven Teilnahme der Werktätigen, besonders der Arbeiter am Kampf um die bewußte und disziplinierte Einhaltung der Normen des sozialistischen Rechts.

Die systematische Übertragung der Erfahrungen der besten Arbeitskollektive unseres Kreises in diesem Kampf auf alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens fördert in hervorragender Weise die wachsende Führungsrolle der Arbeiterklasse auch hinsichtlich der Durchsetzung unserer

Auszeichnung

Für langjährige hervorragende Leistungen bei der Entwicklung der sozialistischen Rechtspflege erhielt

Hanna Rietscher,

politische Mitarbeiterin im Zentralkomitee der SED,

die „Medaille für Verdienste in der Rechtspflege“ in Gold.

sozialistischen Rechtsordnung und der moralischen Maßstäbe und Grundsätze der Arbeiterklasse.

Diese Erkenntnis erfordert vom Rat des Kreises, politisch noch zielstrebig zu leiten und auch in den Klein- und Mittelbetrieben, den Betrieben des Bauwesens, des Verkehrswesens, im Handel, der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft und in den Wohngebieten der Kreisstadt neue Kollektive mit konkreten Zielstellungen für die Aufnahme des Kampfes zu gewinnen.

Wir sind für die Verwirklichung des Vorschlags mehrerer Gemeinden, den Kampf um die Verteidigung der Anerkennung „Bereich der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit“ künftig mit der Einbeziehung aller in der Gemeinde vorhandenen Betriebe, Betriebsteile, Genossenschaften und Betriebe der Landwirtschaft sowie aller Einrichtungen der Volksbildung, des Gesundheitswesens zu verbinden und erst wenn die gemeinsamen Zielstellungen erfüllt sind, den Antrag auf Anerkennung als „Sozialistische Gemeinde der vorbildlichen Ordnung und Sicherheit“ zu stellen.

Bei der Führung des Kampfes um hohe Ordnung und Sicherheit sowie zur weiteren Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit haben die 1976 im Kreisgebiet neu geschaffenen Gemeinde- und Stadtordnungen große Bedeutung.

Obwohl qualitativ gute Gemeinde- und Stadtordnungen vorliegen, muß kritisch eingeschätzt werden, daß es noch nicht gelungen ist, diese Ordnungen auch von den Volksvertretungen entsprechend ihrer Machtbefugnisse voll zu nutzen und durchzusetzen.

Durch die politische Massenarbeit der Volksvertretungen im Zusammenwirken mit den Orts- und Wohngebietsausschüssen der Nationalen Front sind die Bürger besser zu befähigen, selbst aktiv für die Festigung der sozialistischen Rechtsordnung zu wirken.

Der konsequente Kampf um die Festigung der Gesetzlichkeit und die Entwicklung des Rechtsbewußtseins erfordert also insgesamt noch größere Anstrengungen zur Rechtserläuterung.

Dabei geht es nicht nur um die Vermittlung von Gesetzeskenntnissen, sondern vielmehr auch darum, die Rechtsfragen mit ihrem weltanschaulichen Gehalt lebensnah, anschaulich und populär zu erläutern und überall die Überzeugung zu vertiefen, daß die Befolgung der Gesetze und Beschlüsse richtig und notwendig ist.

Die Einhaltung der Rechtsnormen muß durch gezielte und koordinierte Tätigkeit unter Einbeziehung aller Abgeordneten immer besser zur Sache der Gewohnheit im täglichen Leben unserer Menschen werden.

Dabei gilt es auch immer wieder klarzustellen, daß die Rechte der Bürger untrennbar mit den Pflichten gegenüber der Gesellschaft verbunden sind.

Hauptfeld rechtspropagandistischer Arbeit sollten dabei noch stärker die Arbeitskollektive sein. Dabei ist an betriebliche Belange, an die Interessen der Arbeiter anzuknüpfen, und in den Wohngebieten sollten solche Rechtsfragen behandelt werden, die dort unmittelbare Interessen der Bürger berühren.

Insgesamt wird die Wirksamkeit sozialistischer Rechtsziehung und damit die weitere Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit maßgebend von einer verantwortungsvollen Tätigkeit der gewählten Volksvertretungen, aller staatlichen Organe und Leiter bestimmt.